

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe dezember 2005



Herausgeber, V.i.S.d.P.

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Strasse 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno Blisenbach, Jan Valentin Deichsel, Violetta Hartmann, Gaby Heise, Maren Jasper, Volker Jürgensen, Kurt M. Lehner, Katja v. Maur, Peter Pawlowski, Martina Rozok, Christoph Santl, Henner Schmidt, Stefan Scholz, Tim Stuchtey, Corvin Tolle

Autoren dieser Ausgabe

Terence Freibier, Wolf-Dieter Hasenclever, Horst Krumpfen, Sibylle Meister, Hans-Joachim Otto, Julien Jordan v. Reitzenstein

Leserbriefe

Kay Ehrhardt, Gisela Kleemann, Sascha Tamm

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung nur ihres Autors wieder nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe dezember 2005
www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

der erste Schritt der Berliner FDP in das Wahljahr 2006 war keine leichte Geburt. Nach mehrstündigem Ringen um Formalien verkündete das Präsidium des Außerordentlichen Landesparteitages dann das Ergebnis der Abstimmung zu der Frage, ob wir unsere Kandidaten für das Abgeordnetenhaus wie gewohnt auf Bezirkslisten oder statt dessen auf einer Landesliste präsentieren: 188 für die Bezirkslisten, 154 für die Landesliste.

Der rot-rote Senat versagt vor der Herausforderung, unserer Stadt Zukunftsperspektiven zu geben; die Berliner CDU versinkt in politischer Sinn- und Bedeutungslosigkeit. Diese Situation eröffnet der FDP eine historische Chance, ab 2006 mit einer starken Fraktion im Abgeordnetenhaus die Geschicke der Hauptstadt zu gestalten. Bei der Fortsetzung des Außerordentlichen Parteitages im Dezember ist es unsere Aufgabe, einen sichtbaren Schritt zu einer besseren Regierung für Berlin mit liberalem Kompass und liberalen Konzepten zu tun. Es gilt, nach vorne zu schauen.

Der politische Gegner steht außerhalb unserer Partei; nur gemeinsam sind wir stark. Bei allem bedauernswerten Zwist hat der jüngste Landesparteitag auch gezeigt, dass wir Liberale – vermeintliche – Gräben überwinden und im Werben für das als richtig Erkannte zusammen stehen können. In diesem Sinne gilt es nun für die ganze Berliner FDP, an einem hervorragenden Wahlprogramm zu bauen und ein hervorragendes Personalangebot zu machen. Damit freiheitliche Zukunftspolitik für Berlin Realität wird.

Sollten Sie noch auf der Suche nach guten Vorsätzen für das neue Jahr sein, dann bietet sich eine ehrliche Erneuerung bzw. Anpassung Ihrer Einkommens-Selbsteinschätzung gegenüber dem/der Schatzmeister/in Ihres FDP-Ortsverbandes an. Außerdem können Sie sich vornehmen, Ihre Kompetenz in die Arbeit der FDP-Landesfachausschüsse einzubringen. In jedem Fall sollten Sie Anfang kommenden Jahres die Jahreshauptversammlung Ihres Ortsverbandes besuchen – und zu Delegierten Parteifreundinnen und Parteifreunde wählen, von deren aufrichtigem Engagement für unsere gemeinsame liberale Sache Sie überzeugt sind.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Man sieht nur mit dem Herzen gut.
Das Wesentliche ist für die Augen
unsichtbar.

Antoine de Saint-Exupéry

Lagebericht des Vorsitzenden

Liberaler Adventszeit – und Vorbereitung auf 2006

von *Henner Schmidt*

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, für den Advent und die Weihnachtsfeiertage wünsche ich Ihnen allen eine besinnliche Zeit.



Vorher müssen wir allerdings noch einen weiteren Landesparteitag hinter uns bringen, der sich diesmal der inhaltlichen Arbeit widmen soll. Das Wahlprogramm für 2006 braucht noch eine ganze Menge konkreter Ideen. Wir haben damit eine große Chance, ab nächstem Jahr die Stadt stärker mitgestalten zu können. Dass wir in den großen Linien gute Konzepte haben, beweist die „Berliner Freiheit“. Diese Konzepte gilt es nun anschaulich und bürgernah zu konkretisieren. Die Bürger verlangen nämlich von uns, dass wir konkrete Probleme lösen können.

Die solide Arbeit der BVV-Fraktionen und der Abgeordnetenhausfraktion haben dafür gesorgt, dass wir bei den Bürgern präsent sind – und die Erfahrungen mit der Realität haben seit dem Wiedereinzug in Abgeordnetenhaus und Bezirksparlamente glücklicherweise auch manche abstrakte Diskussion geerdet.

Der letzte Landesparteitag verlief, wie Sie selbst erlebt oder der Presse entnommen haben, ziemlich turbulent.

Bereits in der internen Auseinandersetzung im Vorfeld sind im Eifer des Gefechtes leider Grenzen überschritten worden, die man besser nicht überschreiten sollte, auch innerhalb unseres eigenen Bezirksverbandes. Die Debatte auf dem Parteitag war dann in der Sache engagiert und fair, Turbulenzen entstanden erst durch formale Diskussionen.

Glücklicherweise sind aber die doch recht aufgeregt ausgetragenen Differenzen zum Thema Bezirks- oder Landesliste für die Abgeordnetenhauswahl nun entschieden. Dies hat auch unser Landesvorsitzender Markus Löning betont, der die Anhänger der Landesliste aufgerufen hat, die getroffene Entscheidung zu akzeptieren. Wer jetzt noch Nachhutgefechte führen will und auf dem nächsten Landesparteitag statt inhaltlicher Debatten wieder Formalia in den Vordergrund stellt, wird sicher auf breite Ablehnung stoßen.

Insgesamt ist in der Landespartei jetzt Führung gefragt. Diese brauchen wir, um unsere Stärken, unsere Programmatik und unsere Personen vernünftig und effektiv zur Geltung zu bringen. Eine stärkere Verbindung mit der bezirklichen Ebene würde die Kompetenz der Landesebene dabei sicher stärken und die Motivation erhöhen. So kann die FDP ihre Chancen auf Erfolg im nächsten Jahr deutlich steigern.

Ich wünsche Ihnen noch erholsame, harmonische und besinnliche Weihnachtsfeiertage und alles Gute für einen erfolgreichen Start in das Neue Jahr.

Henner Schmidt (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Pressemitteilung des Landesvorsitzenden Markus Löning nach dem Landesparteitag 13.11.

Der am 13. November unterbrochene Landesparteitag der Berliner FDP wird am 11. Dezember fortgesetzt. Die wichtige Entscheidung, dass die Berliner FDP zur Abgeordnetenhauswahl 2006 mit Bezirkslisten antreten wird, ist vom Parteitag getroffen worden. Jetzt wird die Berliner FDP mit aller Kraft und allen Kräften in den Wahlkampf starten.

Der rot-rote Senat hat das Wirtschaftswachstum in der Stadt auf Null reduziert, Ansiedlungen finden faktisch nicht mehr statt, die Zahl der Hartz IV-Empfänger ist erschreckend hoch, die Situation an Schulen und Hochschulen verschlimmert sich laufend, die Schulden Berlins klettern immer weiter. Die Berliner FDP hat dem klare inhaltliche Alternative entgegensetzen. Für Wirtschaftswachstum, für mehr Arbeitsplätze, für bessere Schulen und Universitäten und für die Konsolidierung des Landeshaushaltes. Mit klaren inhaltlichen Alternativen waren wir bei der Bundestagswahl erfolgreich, damit werden wir auch bei der Abgeordnetenhauswahl erfolgreich sein.

In der letzten Woche habe ich nach der Entscheidung des Landesvorstandes den Vertrag für die Kampagne zur Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahl 2006 mit der Werbeagentur unterschrieben. Die Programmkommission ist durch den Vorstand eingesetzt worden und wird jetzt unverzüglich ihre Arbeit aufnehmen.

Kommentar aus Mitte

Pflicht zum Leben?

von *Volker Jürgensen*

Der Hamburger Justizsenator Roger Kusch, CDU, hat die Legalisierung aktiver Sterbehilfe gefordert. Die Bundesjustizministerin bemüht sich um eine klare rechtliche Regelung der Patientenverfügung. Der Tod der Wachkoma-Patientin Terri Schiavo hat in den USA und weltweit heftige Diskussionen ausgelöst.

Das sind nur drei Nachrichten der vergangenen Monate zu einem Thema, das man lieber verdrängt, obwohl es jeden treffen kann, und das ethische Grundsätze unserer Gesellschaft berührt. Wie gehen wir mit dem Wunsch zu sterben um, und wie erkennen wir ihn?

Nach § 216 StGB ist die „Tötung auf Verlangen“ zwar milder zu bestrafen als Totschlag oder gar Mord, sie bleibt jedoch strafbar. „Beihilfe zum Selbstmord“ wiederum ist erlaubt. Wer allerdings dem schwer depressiven Erbonkel die tödliche Kapsel besorgt, könnte für „Mord in mittelbarer Täterschaft“ lebenslang bekommen.

Schwierig und rechtlich diffus ist die Situation für Ärzte. Grundsätzlich müssen sie Leben erhalten. Aktiv töten dürfen sie nach geltendem Recht in keinem Fall. Sie dürfen aber auch niemanden gegen seinen Willen behandeln. Was ist aber der Patientenwille? Und was ist eine „aktive“ Tötung oder Behandlung?

Dauerhaft bewusstlose oder schwer hirngeschädigte Menschen können ihren Willen nicht äußern. Entscheidend ist dann der „mutmaßliche“ Wille. Da jeder Mensch in eine solche Situation kommen kann, sollte der Gesetzgeber klare Voraussetzungen schaffen, wie sich der geistig gesunde Mensch gegen eventuell nicht erwünschte lebensverlängernde Maßnahmen wie im Fall Schiavo rechtswirksam schützen kann.

Es muss klar definiert sein, in welchen Fällen ein Abbruch der medizinischen Versorgung gewünscht wird, wer im Zweifel zu entscheiden hat sowie in welchen zeitlichen Abständen und in welcher Form eine so genannte Patientenverfügung verfasst werden muss. Im Vordergrund muss der klare Wille des Verfügenden stehen. Eine Behandlung gegen den ausdrücklich geäußerten Willen ist mit der Menschenwürde nicht

vereinbar. Der Mensch, der sich nicht mehr erklären kann, muss insoweit geschützt werden.

Bei der von Senator Kusch wieder angestoßenen Diskussion geht es hingegen um Menschen, die ihren Willen frei und ernsthaft äußern, sterben zu wollen. Die unklaren Abgrenzungen zwischen verbotener aktiver, erlaubter passiver und der irgendwo dazwischen liegenden indirekten Sterbehilfe (z.B. Schmerzbehandlung unter Inkaufnahme einer Lebensverkürzung) stellen die Ärzte und Angehörigen bislang vor erhebliche rechtliche und moralische Probleme.

Darf ein Mensch sterben? Oder: Muss er leben? Kleriker meinen, der Mensch dürfe nicht über Leben und Tod entscheiden, auch nicht über sein eigenes, da es ihm von Gott geschenkt sei. Aber welche Anmaßung steht dahinter, aufgrund

eigener religiöser Auffassungen anderen Menschen ein als Leiden empfundenes Leben aufzwingen zu wollen.

Es gibt allerdings auch vernünftige Argumente gegen die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe bzw. der Tötung auf Verlangen. Menschen, die schwere Probleme oder eine psychische Erkrankung haben, entwickeln bisweilen eine Todessehnsucht, die in einer Lebensphase ernsthaft, vielleicht sogar überlegt sein kann. Dennoch können sie sich oftmals hieraus befreien und sind später froh, dass ihrem Todeswunsch nicht entsprochen wurde.

Eine besondere Gefahr besteht auch darin, dass alte und kranke Menschen von ihren Angehörigen, die sie als Belastung empfinden, zur Äußerung eines „freiwilligen“ Sterbenswunsches gedrängt werden. Es darf nicht verkannt werden, dass eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe hier missbraucht werden kann.

Dennoch: Das Leben eines Menschen gehört nur ihm selbst. Seine Würde und seine Grundrechte sind ihm nach unserem liberalen Verständnis wesenseigen. Eine Pflicht zum Leben kann es nicht geben. Der Gesetzgeber bleibt aufgefordert, in diesem sensiblen Bereich Klarheit zu schaffen, wobei die freie Selbstbestimmung des Menschen das Leitbild sein muss.

Volker Jürgensen ist Beisitzer im Vorstand des OV Wedding

Gastkommentar

Bundes-Kulturförderung

von *Hans-Joachim Otto*

Die FDP bekennt sich klar zu einem starken Engagement des Bundes für die Hauptstadtkultur. Dies muss aber nach klaren inhaltlichen Kriterien im Rahmen eines Gesamtkonzeptes, welches bisher nicht ersichtlich ist, erfolgen. Der Gesamthaushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) belief sich im Jahr 2005 auf gut 947 Mio. Euro, fast 271 Mio. Euro davon erhielt die Deutsche Welle. Von den verbleibenden 676 Mio. standen für das Gesamt-Engagement des Bundes in Berlin 428 Mio. Euro – das sind über 60 Prozent! - zur Verfügung. Der Kulturhaushalt des Landes Berlin fällt mit 375 Mio. Euro um gut 50 Mio. Euro geringer aus.

Die Hauptstadtkulturförderung benötigt ein umfassendes Konzept, mit einer klaren Zuordnung, welche Aufgaben in den Bereich des Bundes und welche in den Bereich des Landes Berlin fallen. Das alleinige Kriterium für eine zusätzliche Förderung durch den Bund darf nicht weiterhin wie in den vergangenen Jahren der jeweils aktuelle Finanzbedarf des Landes Berlin sein. Unrühmliches Beispiel für diese Praxis ist die Übernahme der Akademie der Künste in die Verantwortung des Bundes. Dies geschah nicht ursächlich aus sachlichen Erwägungen, sondern es wurde in erster Linie ein Haushaltstitel gesucht, um den der Bund das Land Berlin entlasten konnte, um auf diese Weise die Berliner Opernstiftung mit zu finanzieren. Maßgebliches Kriterium für die Übernahme einer kulturellen Institution durch den Bund kann einzig und allein sein, ob die Einrichtung von Ihrer Struktur und ihren Aufgaben her so beschaffen ist, dass sie vom Bund getragen werden sollte.

Ein weiterer Ansatzpunkt zur Verbesserung der Kulturpolitik in der Bundeshauptstadt ist der Hauptstadtkulturfonds (HKF). Dieser ist ein wichtiges und unbedingt erhaltenswertes Förderinstrument für die Kulturszene in Berlin, der durch seine Förderung überwiegend freier, innovativer und internationaler Projekte maßgeblich Anteil daran hat, dass Berlin ein Anziehungspunkt für die internationale Kunstszene geworden ist. Im Zuge einer Reform der Kulturförderung des Bundes sollte aber ernsthaft darüber

nachgedacht werden, ob der Bund den Hauptstadtkulturfonds nicht besser in die Verantwortung des Landes Berlin übergeben sollte. Die vom HKF zu erfüllenden Aufgaben stellen klassische Länderkompetenzen dar. Voraussetzung dafür wäre aber eine vertragliche Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Berlin darüber, dass Berlin den Hauptstadtkulturfonds tatsächlich und dauerhaft erhält. Im Gegenzug könnte der Bund Finanzierungsaufgaben übernehmen, von denen das Land Berlin auf absehbare Zeit überfordert sein wird. Es ist z.B. klar, dass Berlin die auf mindestens 120 Mio. Euro geschätzten Sanierungskosten der Staatsoper Unter den Linden nicht



wird tragen können. Eine grundlegende Sanierung des nach dem 2. Weltkrieg wieder aufgebauten Operhauses ist dringend erforderlich – zuletzt krachte ein Hydraulikelement der Bühne in sich zusammen und machte die Umstellung einiger Inszenierungen erforderlich. Seit langer Zeit weisen die Mitarbeiter der Staatsoper Unter den Linden, dass eine baupolizeiliche Sperrung des Hauses droht, wenn nicht bald eine Grundinstandsetzung erfolgt. Um diesen Problemen zu begegnen, hat die FDP-Bundestagsfraktion zu Beginn der Diskussion um die Berliner Opernstiftung vorgeschlagen und gefordert, die Staatsoper in eine Bundesstiftung zu überführen. Dies wäre nicht nur aus historischen Gründen folgerichtig gewesen und hätte allen drei Opernhäusern mehr Spielraum zu einer schärferen Profilierung gegeben, sondern wäre ein guter Schritt in Richtung klarer Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Land Berlin gewesen.

Der neue Kulturstaatsminister Neumann ist aufgefordert, ein grundlegendes Konzept für die Kulturförderung des Bundes in Berlin vorzulegen. Dabei muss auch zum Beispiel die Frage gestellt werden, ob es sinnvoll und gerechtfertigt ist, dass der Bund die Berliner Festspiele finanziert. Bis zu einer Reform der Hauptstadtkulturförderung erhoffe ich mir vom neuen Kulturstaatsminister, dass er hinsichtlich des Hauptstadtkulturfonds – solange er noch in der Verantwortung des Bundes ist – für mehr Transparenz sorgt, als dies unter seiner Vorgängerin Christina Weiss der Fall war.

Hans-Joachim Otto MdB (LV Hessen) ist Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Medien und Kultur

Zum Thema

Große Koalition – gut für die Opposition ?

von *Horst Krumpen*

Jetzt haben wir eine so genannte Große Koalition. Inhaltlich sind die Bewertungen klar – aus Sicht der Liberalen kein großer Wurf! Die erste Kanzlerin und ihre Regierung erscheinen als Meister des kleinsten gemeinsamen Nenners.



Die strategische Chance der FDP als der größten Opposition liegt auf dem Tisch, jetzt kommt es darauf an, dass die FDP anders als im Wahlkampf und in der veröffentlichten Meinung der letzten Jahre auch zu den Themen, die neben Wirtschaft, Steuern und Arbeit wichtig sind, eine klare und deutliche Position vertritt. Im Bereich der so genannten „weichen“ Themen, die zunehmend zu einer „harten“ Auseinandersetzung in der Gesellschaft führen, werden wir Antworten geben müssen: Wie sollen unsere sozialen Sicherungssysteme, wie unser Arbeitsmarkt, wie unsere Bildung und Forschung aussehen in der Zukunft – die teilweise etwas dünnen Positionen aus dem Wahlprogramm werden nicht reichen.

Wir müssen aber auch wieder lernen, die Sprache der Menschen zu sprechen, von denen wir behaupten, dass wir sie vertreten wollen. Akademische Diskussionen sind unsere Stärke – aber werden sie auch verstanden? Verstanden von denen, für die wir eine Alternative sein wollen?

Die Chance für uns als größte Oppositionspartei ist es, wieder einen ganzheitlichen Liberalismus zu präsentieren – Liberale haben Konzepte auch in Themenfeldern wie Bürgerrechte, Familienpolitik, Sozialpolitik und vielen anderen Bereichen, die in letzter Zeit zu kurz gekommen sind.

Wenn wir Liberale es schaffen, als ernstzunehmende Kraft zu deutlich mehr Themen – insbesondere auch zu den Themen, die unsere Zukunft betreffen – wahrgenommen zu werden, dann und nur dann ist die Zeit in der Opposition eine strategische Chance auf echten Zuwachs: Im Ansehen, in der öffentlichen Meinung und dann am Ende auch in Wählerstimmen.

Dazu braucht es aus meiner Sicht dringend eine Fortsetzung der inhaltlichen Weiterentwicklung in unseren "Defizitthemen" und eine Besetzung der Themen mit glaubwürdigen Personen.

Horst Krumpen (OV OT), Landesgeschäftsführer der Berliner FDP, ehemaliges Mitglied im Bundesvorstand

Zum Thema

Berliner FDP: Wege zur Meinungsführerschaft

von *Wolf-Dieter Hasenclever*

Auf welcher Seite man auch stand: Der letzte Parteitag war kein Ruhmesblatt für unsere Partei. Alles andere als ein Schritt auf dem Weg, Mehrheiten für eine politische Wende in Berlin zu erzielen.



Wowereit und sein Linksaußen-Senat vergraulen durch unverschämte Ausfälle, Untätigkeit und Unvermögen wichtigste Investoren. Die Reformen bleiben stecken, die Wirtschaft stagniert, aber die bürgerliche Opposition ist im Wesentlichen mit sich selbst beschäftigt.

Die CDU ist personell und ideell abgewirtschaftet. Jetzt bietet sich die Chance für eine mutige liberale Partei, einen großen Schritt vorwärts zu machen. Wir müssen als Reformmotor klar erkennbar sein.

Die Abgeordnetenhausfraktion hat ein interessantes Gutachten mit vielen Vorschlägen zu einem radikalen Bürokratieabbau geliefert. Etliche auch unserer Bezirkspolitiker sind zum Teil anderer Meinung. Klar ist aber: Wir brauchen Bürokratieabbau und massive Einsparungen. Die Debatte darüber muss jetzt offen geführt werden, und sie kann uns Punkte bringen.

Warum richten wir keine öffentlichen Diskussionsforen ein? Warum veranstalten wir keine Podiumsdiskussionen auch mit externen Fachleuten? Das kann landesweit geschehen, genauso aber in offenen Veranstaltungen der Bezirke und Ortsvereine. Die übergroße Verschuldung, die Chancen des Wissenschafts- und Hochschulstandorts, die Zukunft des Bildungswesens, die Sicherheit und Lebensqualität in unserer Stadt, die Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen bewegt viele.

Es gibt eine aktive Bürgergesellschaft in Berlin – von den „Bürgern für Berlin“ und dem Hauptstadtkonvent bis hin zu den vielen Stadtteilinitiativen. Oft ist dort ein hervorragender Sachverstand vorhanden. Dieses Potential gilt es zu organisieren – geweckt ist es schon. Wenn wir das schaffen, sind wir schnell da, wo wir hingehören: Ganz vorne in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Wolf-Dieter Hasenclever (OV OT) ist Beisitzer im Bezirksvorstand Mitte und Referent für Bildungspolitik in der FDP-Bundestagsfraktion

Aus dem Abgeordnetenhaus

Kultur-Haushalt

von *Sibylle Meister*

Nun sind sie vorbei, die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2006/07. Wie immer gehörten nächtliche Diskussionen über uninteressante Spezialthemen ohne Presse und ohne Bürger zu den Besonderheiten der Berliner Haushaltsberatungen.



Der Kulturausschuss, mit dem kleinsten Etat, schaffte es, die größte Anzahl an Berichten der Senatsverwaltung abzufordern. Zum Großteil dürfte das an dem von Flierl vorgelegten Flickwerk gelegen haben, das ein eher grob geschätztes Zahlenwerk als ein ernstzunehmender Haushaltsentwurf war. Selbst die Koalition hatte trefflich Mühe damit und zimmerte sich durch eigene Änderungsanträge selbst einen Haushalt zusammen. Überzeugend ist das Ergebnis nicht:

Tribüne und kleines Theater zu schließen traute sich am Ende des Tages dann doch niemand, dafür lässt man sie jetzt mit noch geringeren Zuschüssen am ausgestreckten Arm verhungern. Das Berliner Ensemble hat zwar eine der besten Auslastungen, aber um Kürzungen kam auch dieses Haus nicht herum. Warum weiß keiner. Aber mit ein paar Lottomitteln kann Herr Wowerit dies ausgleichen und sich selbst als Retter feiern lassen. Apropos Lottomittel: Die Philharmoniker behalten die finanziellen Mittel, die sie auch in den vorherigen Jahren hatten. Die aber seitens der Koalition vielfach gescholtene Mischfinanzierung mit Lottomitteln wurde beibehalten. Für den Streit zwischen Schaubühne und Sasha Waltz fühlte sich Herr Kultursenator nicht zuständig. Dass beide Institutionen Wirtschaftspläne einreichen auf Basis einer Zuschusshöhe, die sich im Haushaltsentwurf nicht widerspiegelte, machte es nicht leichter.

Übrigens, die Unterfinanzierung der Schaubühne auszugleichen, ist uns dann trotz vieler Anträge nicht gelungen.

Schade, dass Herr Flierl immer noch nicht begriffen hat, dass er einen Haushaltsplan vorzulegen hat und sich nicht darauf zurückziehen kann, der Finanzsenator hätte alles gestrichen.

So sitzen wir also nach stundenlanger Beratung tief betroffen, Vorhang zu und alle Fragen offen!

Sibylle Meister MdA (BV Reinickendorf) ist Mitglied im Hauptausschuss des AGH und kulturpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion

Aus der Landespartei

(Un-)Liberale Streitkultur

von *Gaby Heise*



Dass es in schöner Regelmäßigkeit vor AGH-Wahlen Streit gibt über die Frage der Listen ist allseits bekannt. Dass diese Auseinandersetzung auf dem Parteitag begleitet wird von lautstarken Parolen und tumultartigen Szenen ist neu. So mancher Delegierter mag sich verwundert die Augen gerieben haben angesichts der Szenen, die sich am 13.11. abgespielt haben.

Da wurden sachliche Begründungen immer wieder unterbrochen von nicht gerade von einer gepflegten Streitkultur einiger Parteifreunde zeugender Zwischenrufe. Landesvorstand, Präsidium und Landessatzungsausschuss wurden lautstark der Manipulation verdächtigt, weil der Landesvorsitzende auf Bitten der Bundespartei davon abgesehen hatte, eine persönliche Stellungnahme des Vorsitzenden des Bundessatzungsausschusses zur Frage der erforderlichen Mehrheit für die Abstimmung über die Landesliste parteiöffentlich zu machen. Weitere „Kleinigkeiten“ wie eine zeitweise verschwundene Wahlurne und zu viele und falsche abgegebene Stimmzettel bei der sich anschließenden Abstimmung folgten.

Im Ergebnis hat die Mehrheit des Parteitages gegen die Landesliste votiert. Der Landesvorstand hat im Interesse der Befriedung der Partei beschlossen, gegen diese Entscheidung nicht vorzugehen, auch wenn ihr Zustandekommen viele Fragen aufwirft. Was vom Parteitag bleibt ist ein schaler Beigeschmack. Für seine Ziele zu kämpfen und andere durch gute Argumente zu überzeugen ist das eine – auf Gedeih und Verderb ein gewünschtes Ergebnis herbei zu streiten das andere.

Es bleibt zu hoffen, dass das Bild, das die Partei sich selbst und der Öffentlichkeit am 13.11. geboten hat, nicht zu ihrem Verderb führen wird. Es war alles andere als das Bild einer liberalen Partei, die nicht nur Verantwortung und Toleranz predigt, sondern sie auch vorlebt.

Wie meinte schon Albert Einstein: „Nicht die Interessen einzelner, sondern das Werk an sich sollte das Handeln bestimmen“.

Schön wäre es!

Gabriele Heise (OV Friedrichstadt) ist Stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der FDP

Berichte aus Mitte

Der Kampf um den Monbijoupark geht weiter

Peter Pawlowski von der BVV-Fraktion

Wir haben bereits vor einem Monat von den Umbauplänen für den Monbijoupark berichtet. Entgegen dem Vorhaben des Bezirksamtes haben sich die Fraktionen der FDP und Die Linke. PDS in ihrem gemeinsamen Antrag für die kulturelle Nutzung eines Teils des Parks durch das Hexenkesseltheater ausgesprochen. Um die für den Theaterbetrieb notwendige Finanzierung zu sichern, haben beide Fraktionen auch das Fortbestehen der Strandbar befürwortet (die Einnahmen aus der Strandbar werden als Querfinanzierung für das Theater verwendet). Dieser Antrag wurde im Fachausschuss für Stadtentwicklung mit einer knappen und am 17.11. nach mehrstündiger Debatte in der BVV mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist das Bezirksamt verpflichtet, nach einer neuen Lösung für den Monbijoupark zu suchen – zusammen mit den Betreibern des Hexenkesseltheaters.

Gegen Drogenkonsum neben dem Gemeindefriedhof! – In einer großen Anfrage hat die FDP das Problem des Drogenkonsums in der Nähe des Friedhofes Liesenstr. thematisiert. Die Verunreinigung durch Spritzen nimmt ein unerträgliches Ausmaß an. Leider konnte die Anfrage während der Sitzung noch nicht beantwortet werden. Die FDP bleibt an dem Thema dran.

Die Zukunft der Schulstationen – Nicht zuletzt auf Druck der FDP hat das Bezirksamt das Evaluationsverfahren zur sozialen Lage an den Schulen in Mitte neu aufgerollt. Anlass war die geplante Schließung der Schulstation Gotzkowsky-Grundschule. Nach einer genauen Prüfung durch die Sonderkommission des Jugendhilfeausschusses mit Beteiligung der FDP konnte zwar die Schließung der Station nicht verhindert werden, es wird jedoch nach einer Lösung gesucht, die dem sozialen Bedarf an der Gotzkowsky-Grundschule gerecht wird. Generell vertritt die FDP die Meinung, dass Mitte viel mehr Schulstationen braucht als es zur Zeit der Fall ist. Geplant sind in unserem Bezirk 6 Stationen. Steglitz-Zehlendorf verfügt hingegen über 14.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230 Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Telefon 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

Liberal in der BVSpV

von Nils Augustin

Ein Jahr ist vergangen, seitdem der Parteifreund Frank Zahn und ich auf einer Bürgerversammlung in die „Betroffenenvertretung Spandauer Vorstadt“ (www.bvspv.de) gewählt wurden. Die Institution soll die Interessen von Anwohnern, Hauseigentümer und Gewerbetreibenden im Sanierungsgebiet zwischen der Oranienburger Str., Torstr. und Rosa-Luxemburg-Str. vertreten. Tatsächlich, und das auch der Hintergrund unseres Engagements, war die BVSpV damals zu einem Sprachrohr der BVV-Fraktion der Grünen gekommen. So fällt uns Liberalen mit einer Handvoll mutiger Anwohner und Gastronomen und mit zwei Kollegen von der CDU immer wieder zunächst die Aufgabe zu, die Idee pluralistischer Demokratie zu vermitteln.

Nach der teilweise erfolgreichen Sprecher-Wahl ist es oft gelungen, Mehrheiten für vernünftige Sachpositionen zu gewinnen. Dann, wenn die grüne Multifunktionärin Uschka Thierfelder u.a. klein karierte Ideologie mehrheitlich durchsetzen können, sind Stellungnahmen der BVSpV jetzt mit dem Malus eines – mit zu veröffentlichen – Widerspruches behaftet. Reibungslos ist bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Zusammenspiel mit der FDP-Fraktion in der BVV. So konnte die Fraktion manchen Punkt landen und Bürgern real geholfen werden. Die Präsenz der Liberalen in der Spandauer Vorstadt wird positiv wahrgenommen. Für die Zukunft werden wir, mit Blick auf die Wahlen 2006, wohl aus der liberalen BVSpV-Gruppe Elemente eigener Öffentlichkeitsarbeit entwickeln.

Gute Tourismuspolitik

von Julien Jordan von Reitzenstein

Am 14.11. trafen sich zum zweiten Mal Parteifreundinnen und Parteifreunde, über Tourismuspolitik zu sprechen. Schwerpunktthema diesmal die Perspektive der Berlin Tourismus Marketing (BTM), die auch den Referenten stellte.

Reformstau. Neue Kommissionen. Stets werden moderne Managementmethoden für den Staat gefordert. Diese Methoden bedingen jedoch den Vergleich, was bei anderen Anbietern erfolgreich ist. Dies ist der Flaschenhals des Reformstaus. Vielleicht ist der Politik die Demut abhanden gekommen, andernorts erfolgreiche Lösungen komplett zu übernehmen, weil hierdurch Bürokratie, lies: Versorgungseinrichtungen, obsolet werden. Hier liegt auch das Problem der deutschen (Tourismus-)Politik.

Berlin im Zeichenriss ...

Stefan Scholz vom OV Friedrichstadt

... stand vor knapp zwei Wochen auf einer gemeinsamen Veranstaltung des Bezirksverbandes und des OV Friedrichstadt zur regen Diskussion. Das Planwerk Innenstadt – Ergebnis der fast zehnjährigen Innenstadtplanung des Senats – wurde den über 30 Zuhörern von zwei versierten Experten präsentiert. Prof. Harald Bodenschatz, Architektursoziologe und Planwerkkenner, sowie Klaus Müller, zuständiger Mitarbeiter für Stadtplanung in der AGH-Fraktion der FDP, führten die Besucher in einem virtuellen Stadtrundgang durch die jüngste Planungs- und „Entstehungsgeschichte“ unserer heutigen Mitte. Ob philosophischer Ansatz zur Wiedergewinnung des historischen Stadtzentrums oder bloßes spekulatives Zeichenwerk ohne Zukunft – die anschließende Gesprächsrunde griff viele Aspekte der beiden Protagonisten auf, die sich mit Witz und erstaunlichem Detailwissen an der Diskussion beteiligten.

Die Veranstaltung kam an – und das nicht nur bei den interessierten Liberalen der fünf Mitte-Ortsverbände, und aus Pankow. Besonders freuten sich die Veranstalter über die große Anzahl Nichtmitglieder. „Dieser Abend macht Politik anfassbar“, freute sich ein Teilnehmer. Dies sollte das Credo unserer politischen Kultur sein: Gemeinsam über Grenzen hinweg die Sache zum Thema zu machen.

Allen Interessen gerecht

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Wie stets erfreuten sich die Veranstaltungen des OV Tiergarten auch im November guter Resonanz. Die öffentliche Vorstandssitzung am 08. im „Lichtblick“ diente der Vorbereitung und der Brunch am 27. im „Walhalla“ der Nachbereitung des Landesparteitags und der Vorbereitung seiner Fortsetzung im Dezember. Es war einhellige Auffassung, dass der Satzungsänderungsantrag des BV Mitte allen Interessen gerecht wird, weil er jeder Bezirksgliederung die Möglichkeit eröffnet, ihre Listen durch den BA oder eine Bezirksmitgliederversammlung aufstellen zu lassen. Gleichzeitig erlaubt der Antrag den Landesparteitagsdelegierten, endlich Reformwillen in eigener Sache zu bekunden. Dieser wird dringend gebraucht, um mit Elan und Glaubwürdigkeit in den Berliner Wahlkampf 2006 zu starten.

Leider ließ sich Terminkonflikt unserer Weihnachtsfeier mit den Feiern des OV Friedrichstadt und der Liberalen Frauen nicht vermeiden.

1-A-Brunch im „Die Eins“

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Der Startschuss für eine neue Tradition des OV Wilhelmstadt fiel Sonntag, den 27.11. Ins bei Polit- und Medien-Prominenz beliebte Restaurant des ARD-Hauptstadtstudios „Die Eins“ kamen ca. 1/3 der Mitglieder zum ersten „Erster-Advent-Brunch“ („1-A-Brunch“), welches das altbackene „Weihnachtsessen“ ersetzen soll. Nicht nur, weil die Volkskrankheit Weihnachts-Stress häufig selbst Liberale befällt sowie die Tischreservierung Mitte Dezember einem Lotteriespiel gleicht, sondern auch, weil es einer liberalen – also laizistischen Partei – gut ansteht, mehr Distanz zu konfessionellen Traditionen zu ermöglichen. So kann der Erste Advent-Sonntag je nach Gusto als kalendarisches wie konfessionelles Datum angesehen werden. Erfreulich – jedenfalls für den Autor als Buddhist – ist, „Die Eins“ hatte auf jeden Weihnachtsdeko-Schnickschnack verzichtet. Als Live-Musik-Band war „Orchester Royal“ engagiert, deren Chef, K.-H. Böhm, sowie Hauptarbeitgeber, Dieter Hallervorden, bekannte FDP-Sympathisanten sind.

Rechtsextremismus aktuell

Terence Freibier von den JuLis Mitte

Rechtsextremismus in Deutschland und Berlin ist eine immer noch ernstzunehmende Gefahr für die Demokratie, vor allem aber für Gesellschaft und Politik, wie die jüngsten Wahlerfolge der rechtsextremistischen NPD bewiesen haben. Bekämpfung des Rechtsextremismus bedeutet, seine Ursachen, Formen und Konsequenzen zu begreifen, ihm den Nährboden zu entziehen und ihn vor allem inhaltlich zu widerlegen. Denn eine plakative Bekämpfung bestärkt den Rechtsextremismus sogar in seiner Propaganda, Opfer der "Staatsmacht", der "etablierten Parteien" und "Machteliten" zu sein, da er mit Gewalt, Nationalsozialismus und Diktatur angeblich nichts zu tun haben will.

Die Jungen Liberalen haben dazu unter Initiative des JuLi-BV Mitte eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich zusammen mit den Jugendorganisationen von SPD, PDS und Grünen mit diesen Fragen beschäftigt. Wir wollen die Auseinandersetzung und den Dialog in und zwischen unseren Parteien und Jugendorganisationen stärken und Anstoß zu einer gemeinsamen Rechtsextremismusbekämpfung geben. Dazu laden wir alle ein, sich an dem Prozess zu beteiligen. Im Internet ist unter www.bunte-jugend.de eine Plattform als erste Anlaufstelle eingerichtet.

Personalien

(au) Wenn auch aus Sicht des BV Mitte nicht im Abstimmungsergebnis, so doch im Ablauf sub-optimal präsentierte sich der Landesparteitag der Berliner FDP im November. Als ein treffendes Bild mag gelten, dass unsere Bildungspolitikerin und Landesvorsitzende der Liberalen Frauen, **Mieke Senftleben** MdA (Reinickendorf), welche vor Monaten öffentlich dem Rauchen abgeschworen hatte, nach Stunden heftiger Formalien-Debatte von der Kamera des RBB mit brennender Zigarette eingefangen wurde. Senftleben erklärte später der ‚Berliner Zeitung‘, es sei nur eine gewesen und komme nicht wieder vor – man hofft, dass der LPT im Dezember nicht geeignet sein wird, sie in Versuchung zu führen.

(au) Die FDP-Fraktion im Bundestag hat die Besetzung der Ausschüsse für die 16. Wahlperiode vereinbart. In zweien kommt ihr der Vorsitz zu, darunter der Haushaltsausschuss, der traditionell von der größten Oppositionspartei geleitet wird. Hier wurde **Otto Fricke** (NRW) benannt, der bereits zuletzt in der Haushaltspolitik wichtige Akzente gesetzt hat. Den zweiten Vorsitz – Medien und Kultur – übernimmt **Hans-Joachim Otto** (Hessen); der Ausschuss ist gerade für uns Berliner von besonderer Bedeutung. Otto kennt die Kultur- und Medienlandschaft in der Hauptstadt sehr gut, hatte uns auch 2001 bei den „Ampel“-Verhandlungen auf diesem Feld vertreten. Unser Landesvorsitzender **Markus Löning** stieg auf als europapolitischen Sprecher der Fraktion und Obmann im Europaausschuss; unser zweiter Berliner, **Hellmut Königshaus**, tritt Markus Lönings Nachfolge im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an.

(au) Anlässlich seines 60. Geburtstages hatte der Beisitzer im Bezirksvorstand Mitte und bildungspolitische Referent der FDP-Bundestagsfraktion, **Wolf-Dieter Hasenclever** (OT), zum Empfang in die Residenz des marokkanischen Botschafters geladen. Am Buffet labten sich aus dem BV Mitte unser Bezirkschef **Henner Schmidt** und **Franziska Löke** (beide Friedrichstadt), Landesvorstandsmitglied **Maren Jasper**, LC-Chefredakteur **Nils Augustin** und der Ortsvorsitzende **Christian Platzer** (alle OT), Landesvorstandsmitglied **Tim Stuchtey** mit Gemahlin **Bettina** und Bezirksschatzmeisterin **Katja von Maur** (alle Tiergarten), **Natja Denk** (Wedding) und auch **Daniela Zehentner** (Wilhelmstadt). Bei Sekt und Tee konnte man u.a. mit unsrem Fraktionsvorsitzenden im AGH, **Martin Lindner**, oder mit **Hellmut Königshaus** MdB (beide Steglitz-Zehlendorf) plaudern.

(au) Am 30.11.2005 war es mit **Angela Merkel** erstmals eine Kanzlerin, welche vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung abgab. Ungewohnt und erfreuliche auch, dass die unmittelbare Erwiderung von einem Liberalen kam: Die FDP als stärkste Oppositionsfraktion schickte den Vorsitzenden der Partei – und demnächst auch der Fraktion – **Guido Westerwelle** an das Rednerpult.

(au) Neuer Vorsitzendes des FDP-Bundesfachausschusses Internationale Politik ist unser Landesvorsitzender **Markus Löning** MdB. In dem BFA Verkehr leitet weiter **Tom Reinhold** (Tiergarten) das Geschehen, Vorsitzender der Kommission „Freiheit und Ethik“ bleibt **Alexander Pokorny** (Charlottenburg-Wilmersdorf).

(au) Der Ortsverband Tiergarten ist im Bundestags-Büro des neuen MdB **Hartfrid Wolff** (Baden-Württemberg) ordentlich repräsentiert. Der stellv Ortsvorsitzende und Sprecher des Bezirksausschusses Mitte **Kurt Lehner** ist vom mit Ablauf der vergangenen Legislatur ausgeschiedenen **Klaus Haupt** als wissenschaftlicher Mitarbeiter zu Wolff gewechselt. **Philipp Ehman** absolviert ein Praktikum; Mitarbeiterin **Manuela Göpel** füllt den Beitrittsantrag demnächst aus.

(bli) Im Rahmen des Mittelstandstages vom 18. und 19.11. in Hannover fand die Jahreshauptversammlung der Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand mit Neuwahl des Bundesvorstandes statt. Als Vorsitzender wurde wieder FDP-MdB **Heinrich Kolb** aus Hessen gewählt. Auf Vorschlag des Landesverbandes Berlin – von Sitzungspräsident **Detlev Fricke** (Charlottenburg-Wilmersdorf) in seiner bekannt kongenialen Art eingebracht – wurde **Anno Blissenbach** (Wilhelmstadt) neu in den Bundesvorstand gewählt.

(au) Am 02.12. hat sich der Landesverband Hessen der Liberalen Hochschulgruppen (LHG) gegründet. Wesentlichen Anteil an dem Ereignis hat **Batzorig Byardamba** (Friedrichstadt).

(au) **Rudi Hielscher** hat den Umtritt vom OV Oranienburger Tor in den Landesverband NRW vollzogen. Hielscher, ehemaliger Leiter des Bundestags-Büros von **Andreas Pinkwart**, ist nun Leiter des Büros des stellv. Ministerpräsidenten NRW und Ministers für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

(au) Der Landesgeschäftsführer der Berliner Liberalen, **Horst Krumpen**, ist umgezogen – und satzungstreu zugleich in seinen neuen Domizil-Ortsverband Oranienburger Tor gewechselt. Mit ihm und Bundesgeschäftsführer **Hans-Jürgen Beerfeltz** (Wilhelmstadt) ist der BV Mitte in der Leitung der liberalen Geschäfte gut vertreten.

Leserbriefe

Kay Ehrhardt (Steglitz-Zehlendorf)

Hallo Nils ! Schöne Ausgabe -- und jeden Monat so viel Arbeit für Dich... Gruß Kay

Gisela Kleemann (Oranienburger Tor)

Seit der Wahl 2002 sind wir wieder in den Bezirksparlamenten und im Abgeordnetenhaus von Berlin vertreten. In dieser Zeit haben sich Bezirksfraktionen mit viel Sachkompetenz herausgebildet. Die Probleme und Wünsche der Bezirke, die in Berlin sehr unterschiedlich sind, werden aber in der Partei kaum zur Kenntnis genommen. Die Delegierten des Landesparteitages entschieden sich demzufolge und in Kenntnis der Sachlage und Kompetenz für die Bezirksliste. Dieses Ergebnis zu unterlaufen halte ich nicht für fair, zumal jeder der Delegierten über den Ablauf des Landesparteitags eine andere Meinung hat. Unabhängig von den nötigen Quoren halte ich es für gut, in Berlin für die Bezirksliste zu plädieren, bis sich für die Landesliste eine überzeugte Mehrheit findet. Diese sehe ich erst in zwei Legislaturperioden, wenn der Nachwuchs sich weiter entwickelt hat.

Sascha Tamm (Oranienburger Tor)

In der letzten Woche ging leider eines der schönsten Beispiele unter, wie unsere Staatsfinanzen, d.h. unsere Staatsschulden auch in Zukunft verwaltet werden. Für das Jahr 2006 war – beschlossen noch unter Rot-Grün – vorgesehen, durch Privatisierungen (Immobilien, Post- und Telekomaktien) 33 Milliarden Euro zu erzielen. Das wird nicht geschehen. Stattdessen wird ein Teil des Verkaufs auf 2007 verschoben. Damit erhöht sich die Neuverschuldung im Jahr 2006 auf 41 Milliarden Euro. Wozu soll das gut sein – können sich allerdings nur diejenigen fragen, die noch daran glauben, dass die Politik den Prinzipien der Vernunft folgt oder gar dem „Gemeinwohl“ dient. Denn der Grund liegt auf der Hand: Im Jahr 2006 ist hinsichtlich der Neuverschuldung ohnehin Hopfen und Malz verloren, die Maastricht-Kriterien und das Grundgesetz werden verletzt. Da kommt es auf ein paar Milliarden mehr nicht an. Im Jahr 2007 dagegen, wenn dann auch die Steuererhöhungen und andere Folterinstrumente zur Anwendung kommen, braucht die Bundesregierung Erfolgsmeldungen. Dann soll die Neuverschuldung besonders drastisch sinken, dann soll ein „solider“ Haushalt vorgelegt werden. Dazu erübrigt sich eigentlich jeder Kommentar – welches noch halbwegs bei Verstand befindliche Individuum, welches Unternehmen würde so handeln?

Schlusswort

(Nur) Gemeinsam sind wir stark

von Katja von Maur

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, am 17. September des kommenden Jahres finden in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt. Eine neue Chance für uns Liberale, zu zeigen, dass nur wir die politische Kraft sind, die die notwendigen Reformen anpackt, um Berlin und den Menschen hier den Stellenwert zu geben, der der Stadt gebührt. Anspruchsvolle Aufgaben liegen vor uns. Wir brauchen vor allem Arbeitsplätze, wirtschaftlichen Aufschwung, Leistungsbereitschaft, eine Reform der Verwaltung, kindliche Früherziehung, Schulen, die sich auch mit Fug so nennen dürfen, erfolgreiche Universitäten, Gesundheitsmanagement, kulturelle Vielfalt und Integration, um die wichtigsten Vorhaben zu nennen. Wie wollen wir den Berlinerinnen und Berlinern vermitteln, dass wir die richtigen Antworten haben?

Gerade befanden wir uns noch im Wahlkampf für den Bundestag. Es war ein großartiger und erfolgreicher Wahlkampf, auch in Berlin. Wir konnten die Menschen auf der Straße von unserem Programm für Deutschland und mit erfolgreicher Arbeit vor Ort (z.B. in Mitte Erhalt von Privatschulen und Strandbars) überzeugen. Alle sind sich einig, dass wir diesen Schwung für den kommenden Wahlkampf nutzen wollen. Die voraussichtliche Reformunfähigkeit der großen Koalition und eine erfolgreiche Oppositionsarbeit der Bundestagsfraktion können weitere Meilensteine sein. Darauf können wir uns aber nicht ausruhen. In unserem Landesverband gibt es an vielen Stellen (Ortsverbände, Bezirksverbände, Landesfachausschüsse, Arbeitskreise, etc.) ausgezeichnete Köpfe, die gemeinsam mit den Profis aus dem Abgeordnetenhaus und den BVVs dafür sorgen können, dass wir ein überzeugendes Wahlprogramm erarbeiten, um dies später auch umzusetzen. Dafür brauchen wir engagierte und begeisterte Mitglieder und unsere ganze Kraft und Energie. Deshalb sollte diese auch nicht weiter in kleinteiligen Personaldebatten verbraucht werden. Damit laufen wir nur Gefahr, handelnde Personen zu beschädigen, die wir dringend benötigen.

Liebe Parteifreunde, blickt nach vorne und nicht zurück. Nur gemeinsam sind wir stark und schaffen den erneuten Einzug ins Abgeordnetenhaus und die BVVs in angemessener Zahl.

Termine

Dezember 2005

- 06.12 19.00h OV Oranienburger Tor: **Vorweihnachtlicher Abend** – mit Nikolaus-Rede: Martin Lindner MdA – in der Galerie Denninger (Torstr. 154)
- 07.12 19.00h JuLis Mitte: **„After Nikolaus“, Mitgliedertreff mit Glühwein** – Gastgeber: Steffen Warmbold (Chodowieckistr. 19/2) – mit Gastreferent Wolf-Dieter Hasenclever zum Thema „Privatisierung des Schulsystems“
- 08.12 19.45h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – mit Nachwahl eines Beisitzers oder einer Beisitzerin zum Bezirksvorstand – im Rathaus Tiergarten (Turmstr.), BVV-Saal
- 11.12 10.00h LV Berlin: **Außerordentlicher Landesparteitag – Fortsetzung** – TOPs Satzungsänderungsanträge, Wahl des Landesschiedsgerichtes für die Amtszeit 2006 - 09, Rede des Landesvorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden im AGH, Aussprache, Antragsberatung – im Hotel Estrel „Convention Center“ (Sonnenallee 225)
- 12.12 19.00h BVV-Fraktion Mitte: **Fraktionssitzung** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3)
- 12.12 20.00h BV Mitte: **Gesprächskreis Tourismus (III)** – Thema: Gesundheitstourismus – im Honigmond (Borsigstr. 28)
- 13.12 15.45h Liberale Frauen Berlin: **Weihnachtsfeier** – Führung durch die Ausstellung des Deutschen Bundestages „Wege-Irrwege-Umwege“ im Deutschen Dom (Gendarmenmarkt 1) – 19.30h gemütlicher Auklang im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr. 6) – Anmeldung bis zum 10.12. unter liberalefrauen@aol.com oder Tel.: (0 30) 788 977 09
- 13.12 18.00h OV Tiergarten & OV Wedding: **Weihnachtsfeier** – Führung durch das „Forum der Fahrkultur“ im Meilenwerk Berlin (Wiebestrasse 36-37) – anschließend Speisung im Restaurant „tropheo“ – Anmeldung bis 11.12. unter pimpek21@arcor.de oder Tel (030) 496 72 40 oder betina.seyfried@web.de oder Tel (030) 302 43 81
- 13.12 20.00h OV Friedrichstadt: **Weihnachtsessen** im Sarah Wiener „Das Speisezimmer“ (Chausseestr. 8) – Anmeldung bis 07.12. unter stefan.scholz@jswmanagement.com
- 15.12 17.30h **BVV-Mitte-Plenum** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal
- 17.12 JuLis Berlin, JuLis Mitte u.a.: **Ganztägige Weihnachtsfeier** in „Blühenden Landschaften“ (Samariterstr. 29)

Januar 2006

- 10.01 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 17.01 20.00h OV Oranienburger Tor: **Veranstaltung zur Information und Diskussion** – „Die Korruption und ihre Bekämpfung“ – Referent: OStA Sjors Kamstra – im Cum Laude (Universitätsstr.)
- 24.01 19.00h OV Friedrichstadt: **Jahreshauptversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 29.01 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Walhalla (Krefelder Str. 6)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Vorstands- und Fraktions-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.